

# Berliner Tageblatt

und Handels-Zeitung.

## Der Kriegsminister und die jüdischen Reserveoffiziere.

Sollte man sich nicht eigentlich freuen über die offene Sprache, die der Kriegsminister über die Zurücklegung der Einjährig-Zweimonatigen jüdischen Soldaten im Jahre 1905 sich gelassen hat? Das klingt alles so nett und so wohlwollend, so vollkommen loyal und offen. Der Herr Minister verurteilt es durchaus, wenn tüchtige und brauchbare jüdische Einjährige, welche die dienstliche und gesellschaftliche Qualifikation zum Reserveoffizier besitzen, nur um deswillen zurückgelegt werden, weil sie Juden sind. Er macht sogar einen kommunistischen General darauf aufmerksam, daß jeder Umstand nützlich als Grund angesehen werden könne, einen geeigneten jungen Mann von der Wahl zum Offizier auszuschließen, oder ihn bei der Wahl durchfallen zu lassen. Der kommunistische General schließt sich dieser Ansicht sofort an (man hat es ja nur nicht früher?) und stellt den jungen Mann nochmals zur Wahl. Aber leider das Offizierskorps des Landwehrbezirks lehnt ihn auch jetzt einstimmig ab. Und damit ist die Angelegenheit erledigt, und der Herr Minister hat die außerordentlich durchgreifende Macht, welche die Militärbehörde sonst den Offizierskorps gegenüber ausübt, gerade hier verlagert und konzentriert, in jedem Falle verlagert! Wenn ein Offizier als Militärärzter das Amt hat, die Aufgaben seiner Vorgesetzten nicht zu erfüllen, sondern sich in der Angelegenheit Angelegenheiten auswendig zu machen, so ist dies ein außerordentlich hoher Vorstoß. In der Angelegenheit eines außerordentlich tüchtigen Militärbefehlshabers einen außerordentlich hohen Einfluß ausüben — es liegt auch in der Natur der Sache, daß im Jahre der Vorgesetzten statt zum Ausbruch kommen muß —, aber hier, nur hier gerade allein verlagert die Weisung.

Selbstverständlich darf kein ungeeignetes Mitglied in das Offizierskorps eindringen — aber dieser Grund vermag nicht mehr, wenn seit Jahren anerkanntes kein Jahr mehr zum Reserveoffizier gewählt wird! Und der Grund vermag nicht so wenig, als der Minister selber anerkennt, daß die jüdischen Soldaten an sich nicht schlechter seien als die anderen und daß er unter ihnen tüchtige Leute gesehen habe. Dann liegt also nicht mehr Ungeeignetheit des Einzelnen vor, sondern ein System, eine beständige Absicht, keinen Juden zum Reserveoffizier zu befördern. Und diesem System gegenüber sollte der Herr Minister wirklich so ganz machtlos sein? Ich muß ehrlich bekennen, daß es in meiner Jugend nur jüdische Reserveoffiziere gab, und diese waren, soweit sie mir persönlich bekannt geworden sind, durchaus tüchtige und angenehme Mitglieder der Offizierskorps. Sollte das Eindringen geeigneter jüdischer Reserveoffiziere wirklich den guten Geist des Offizierskorps zerstören? Wie ist es möglich, diese Frage zu bejahen?

Um ist doch ein solches Verfahren sehr bedenklich, weil es eben den Glanzen an die Gerechtigkeit und Unbeugbarkeit des Urteils zerstört. Bekanntlich sind die pensionierten Offiziere in ziemlichem Maße in Kommunalstellungen tätig und bilden hier zweifellos einen oft schmerzhaft empfundenen Wettbewerb für die Sozialarbeiter. Was würde man nun wohl sagen, wenn die Kommunalämter mit größerer Bestimmtheit besetzt wären, als sie es sind, und wenn die jüdischen Soldaten, die in diesen Stellen, die immer noch nach und nach durchfallen, die meisten sind, tatsächlich aber ohne Ausnahme jeden einzelnen Kandidaten aus dem oder dieser Gründe durchfallen ließen, weil gerade seine Persönlichkeit nicht geeignet oder nicht geeignet sei. Ich glaube, die Militärbehörde würde sehr bald

Gelegenheit finden, einzuschreiten, und sie läte — an der Hand des Gesetzes — recht daran. Keine ungeeigneten Persönlichkeiten in die Offizierskorps! Man stelle die strengsten Ansprüche — aber keine Zurücklegung nur des Glaubens willen! Das widerspricht der verfassungsmäßigen Gleichberechtigung.

Cadde, West a. 2.

\* Zum deutschen Marokko-Aus läßt sich eine offiziöse Stimme in der „Südd. Reichszeitung“ vernehmen, nicht um zu bestreiten, daß unsere Politik im Sidak gefahrlos sei, sondern um ihren Sidakgang zu rechtfertigen. Es wird darüber gesagt:

Die Absage an Projekte, die zum Ausbruch oder Ziel eine heftige Reorganisation in Marokko haben, gilt unbedingt. Es ist nicht zu nichts, diesen Punkt immer wieder zu verhandeln. Der Vertrag auf Gebietsverweigerung bildet die Grundlage unseres Vorgehens. Die wirtschaftlichen Interessen Deutschlands in Marokko sind nicht weniger als die Interessen der anderen Mächte. Gewünscht hat nur die Allianz, in der sie genau genützt werden. Diese richtet sich nach Umständen, deren genaue Kenntnis einer privaten Kritik nicht zugänglich ist. Die Hauptursache der Schwierigkeit ist die langwierige Zeit, die der Vertrag in Marokko nicht davon verzögert werden konnte, die Verhandlung von Sidakfragen anzunehmen. Sollten einmal über den Sidak die amerikanischen Abteilungen Einwirkung haben: Die Fahrt des besten Schiffes ist eine Sidakfrage mit hundert Tausend, und nicht weniger als vierzig Tausend Tausend aus guten Gründen wieder nicht erziehen kann, sei eine „Rückfrage“.

Diese Rechtfertigung erinnert sehr an die Theorie vom „bestimmten Unternehmungsverband“, der sich nicht einfallen lassen darf, die Wege der hohen Politik begreifen oder gar kritizieren zu wollen. Trotzdem bleibt es bestehen, daß der deutsche Sidak aus einem ganz anderen Grunde nicht als vor Jahresfrist, wo man leichtherzig über das Marokko-Problem hinwegspähte.

.. .

Madrid, 25. März. (Privat-Telegramm.) Die spanische Presse drückt ihre lebhafteste Befriedigung über die Reise des Kaisers nach Tanger aus, da hier seine Reise durch das eigenmächtige Vorgehen Frankreichs in Marokko stark vermindert sind. Laut den „Tangerer Nachrichten“ ist schon die Reise des Kaisers nach Tanger ein großer Erfolg für die spanische und die spanische und englische Kolonie. Die spanische Presse befindet sich, wie kaum betont zu werden braucht, in einer Irrtum über die Tendenz der Kaiserreise, die weder eine Demonstration gegen Frankreich bedeutet, noch dazu bestimmt ist, spanische Interessen gegen Frankreich zu vertreten. (Red.)

Paris, 25. März. (Privat-Telegramm.) Eine Note der „Tribune“ betont, daß eine erneute Reise des Kaisers nach Tanger und Frankreich wegen Marokko ganz ausgeschlossen ist. Der deutsch-französige Streit würde also gelöst sein. Der Umstand, daß die französischen Offiziere verweigern, die deutschen Einheiten in Marokko zu lassen, sei ein Beweis für das bestehende völlige Einverständnis zwischen Paris und Berlin.

## Ultramontane Kaiserhetze.

Wie ängstlich das ultramontane Selbstbewußtsein heute ins Kraut geschossen ist, das hat der Entwurf eines Statuts der Ultramontanen über die Neuerung des Kaisers von der Zusammengehörigkeit aller Protestanten mit übertragender Deutlichkeit bewiesen. Besonders die „Köln. Volkszeitung“ hat sich in unaufrichtig wiederholten Äußerungen gegen den Kaiser hervordrängen. Das haben wir zu Charakteristik der ultramontanen Kampfesweise gebührend festgehalten. Im letzten Male wiesen wir in unserer Morgenausgabe vom 12. März darauf hin, daß das Sentiment eine solche Hetze nötig hat,

um die Blinde des Volkes von seiner ultramontanen Wahlarbeit abzulenken.

Die „Köln. Volkszeitung“ hat darauf sechs Tage lang geschwiegen, um erst etwas Gras über ihre Ergartheit wachsen zu lassen. Jetzt plötzl. hat sie wie die Kammern das nie ein Wasserchen getrübt hat. Sie denkt offenbar, ihre böse Entleerung sei in unserer schnelllebigen Zeit schon vergessen. Da möchten wir doch ihr Gedächtnis etwas auffrischen. Es signalisierte die „Köln. Volkszeitung“ am 7. März die Absetzung des Kaisers zu dem Senator Bergmann mit dem Hinweis, daß dem Kaiser Wilhelm II. der Katholizismus nichts weniger als sympatisch ist, und schloß: „Man muß nicht sehen wollen, um nicht zu sehen, daß sich etwas zusammenbraut.“ Jedem ist die Situation so, daß die deutschen Katholiken alle Demoralisierung haben, die Augen offen und das Pulver trocken zu halten.

Am 9. März ließ sich die „Köln. Volkszeitung“ — wieder an der Spitze des Blattes — aus Berlin vernehmen, daß der Artikel vom 7. März, ein Wort zur rechten Zeit“ gewesen sei. Aus dem übrigen Inhalt dieses Artikels, dessen Tendenz es ist, die Haltung des Kaisers gegen die katholische Kirche zu verächtlich, mögen nur folgende Zeilen wiedergegeben werden:

Wir wußten schon lange, daß am Hofe eine antikatolische Partei besteht, welche Fühlung mit den vortrefflichen Predigern unterhält. Jetzt sieht es hier antikatolischen Partei gelungen zu sein, auf den Kaiser Einfluß zu gewinnen.

Die weiteren Auslassungen des ultramontanen Blattes gegen den Kaiser einzeln aufzuführen, dazu fehlt uns der Raum. Genaug, daß auch das gut katholische Blatt „Der Westfale“ schrieb:

Wir haben stets die Rechte der katholischen Kirche und der deutschen Katholiken verteidigt und den Standpunkt des Centrum in allen kirchenpolitischen Fragen energig vertreten. Allein gegen die Auslassungen der „Kölnischen Volkszeitung“, die geeignet sind, die erhabene Person Sr. Majestät des Kaisers in den Augen der Katholiken herabzusetzen, indem aus privaten, nicht öffentlichen Äußerungen der Kaiserin gegen die Kirche, die gegen seine feindlichen Unterthanen keine wohlthätige Bemerkung, diese müßten auf der gut sein, man habe alle Ursache, einen neuen Kulturkampf zu befürchten, gegen solche Auslassungen müssen wir entschieden Verwahrung erheben.

Die „Köln. Volkszeitung“ verteidigte sich gegen diesen scharfen Tadel in ihrer Nr. 25 mit dem Hinweis, daß die Presse die Pflicht habe, sich mit den Meinungen des Kaisers zu beschäftigen, und ihren Lesern nicht aus falscher Lokalität blauen Dunst vorzumachen dürfe. Das alles ist also keine Hetze? Jetzt hat die „Köln. Volkszeitung“, die unterdessen eines anderen belehrt zu sein scheint, die dreiste Entzwei, ihre Hetze abzutreten. Ja, noch mehr; das Blatt schreibt jetzt:

Zweifellos ist dem Kaiser diese offene Anschuldigung sehr angenehm, daß man seine protestantische Gesinnung verächtlich, ihm als „katholisch“ bezeichnet und dabei unter anderem so weit ging, zu behaupten, er habe die Benefizien-Debatte getragen, weil er von der allernächsten „magische Wirkung“ erhoffte. Das dies Gerücht den Monarchen in einem vorübergehenden protestantischen Laune in ein schiefes Licht bringen und ihm vielfach Unrecht tun mußte, war doch selbstverständlich. Die antiprotestantische Hetze verbreiteten solche Menschen, um den Kaiser zu einer Behauptung zu bestimmen und gegen die Katholiken „hinauf zu machen“. Der Kaiser wird sich freuen, daß diese Schwandbelästigungen gerade von katholischer Seite an ihren wahren „Wert“ zurückgeführt sind. Das hat das „Westfale“ nicht bracht.

Das heißt, wir würdlich nicht bedacht; denn daß die „Köln. Volkszeitung“ sich so frech herausstellen würde, darauf waren wir nicht gefaßt. Diese journalistische Leistung der „Köln. Volkszeitung“ bedeutet einen Rekord, um den sie selbst der

## Gorkis Verhaftung und — Verbannung.

von Josef Melnik. (Nachdruck verboten.)

Die russischen Intellektuellen, die in ihrem ununterbrochenen Kampf gegen das absolutistische Regime in den letzten Jahren den politischen Kampf zu werden begannen, waren gerührt und ermuntert, als sie von der sympathischen Kundgebung des kulturellen Europas zu Gorkis erfahren hatten. So weit dies bei der russischen Censur-Willkür möglich war, brachten die russischen Blätter Notizen über die immer zahlreichere Zahl der europäischen Künstler, Gelehrten und Schriftsteller, die Gorkis Befreiung verlangten. Ganz Russland lag bis und heute tief in der Nacht an der mitternächtlichen Peter-Bauls-Festung vorüber, sagte ich mir, der Dichter und Freiheitskämpfer wisse nichts von der Begeisterung, mit der man sein Schicksal in dunkler und feuchter Zelle verfolgt. Er wußte auch nichts davon, wie ich nach seiner Verhaftung erfahren habe. Er sah da, hiet das einstige Schicksal der Zukunft — dichtete. Im Arrestantenfessel, die Hände an kalten, feuchten Boden, in Unwissenheit über das Leben jenseits der finsternen Festungsmauer, wo der Kampf für Freiheit geführt wird, sah er da und schrieb mit bebender Hand an seinem Enkel, „Die Kinder der Sonne“. Man mag, an solchen Stellen, die in die Hände der kleinen, von auf, und der Wächter schaute verächtlich durch die kleine, von außen verdeckte Fensterlöcher: ob das wohl nicht der heranziehende Wohlstand war, der in den dunklen Ecken einer jeden Zelle lauert?

Um ist Gorki seit Wochen frei. Ist er es wirklich? Sein intimster Freund, der intelligente und rühmliche Direktor des Verlages „Snanje“, Konstantin Petrovitch Wiatnik, erzählte mir alle Einzelheiten über Gorkis Schicksal von der ersten

Stunde seiner Verhaftung an bis zu seiner Freilassung, die eigentlich einer Verbannung gleichkommt, und ich muß sagen: Gorki ist noch nicht frei und freier Herr seines eigenen Willens. Herr Wiatnik sagte über die vielen Anwesenheiten, die die ausländischen Vertreter über die Verhaftung und über das unangenehme Mißverständnis, das mit der unfeindlichen Reise Gorkis nach einem Flecken bei Riga verbunden ist. Er sprach mit erster Befürchtung von der erspähten Gesundheit Gorkis.

Gorki wurde am 11. Januar in Riga verhaftet und nach Petersburg gebracht, nachdem schon alle übrigen Mitglieder der Deputation hinter Schloß und Riegel waren. Trotzdem sein Verbrechen noch nicht untersucht worden war, setzte man ihn in einen Arrestantenfessel und sperrte ihn in eine Zelle mit feinemeren Fußboden ein, wo er bald Schmerzen in den Beinen (die einst, als er in Saratow lebte, an Rheumatismus litten) zu fühlen begann. In Riga, wohin er am 10. Abends geriet war, um am Krankenlager eines ihm teuren Weizens zu sein und er schon am 11. verhaftet wurde. Tief er die Kunde in hoffnungslosem Zustand an seinen nervösen Angehörigen zu bezeugen waren und ihn durch seinen nervösen Angehörigen zu bezeugen im Hände waren, wurden ihm nicht ausgeliefert. Gorki, den dieses physische Folterheim tief erschaffen hat, schreibt in einem Briefe: „Wenn man mich so behandelt und dann bedenkt, was einen Arbeiter oder einen Arbeiter, die in ihre Hände geraten, erwartet, wird es einem unheimlich.“ „Zwei Wochen lang durfte ich sprechen“, Wiatnik erzählte mir, „Doch ich immer lustig scheinen wollte, aber bloß, abgelehnt aus. Er fragte den Dichter, ob er nichts dagegen hätte, wenn man Verträge zu seiner Befreiung machen würde. Gorki erwiderte: „Machen Sie, was Sie wollen.“ Außer Gorkis Frau und Wiatnik lachten noch die Schriftstellerverband, die Petersburgers Einbußen, die Schriftstellerorganisation der Wissenschaftler, Gorkis Freilassung zu erwirken und die Bemühungen des Auslandes um den Dichter zu unterstützen. Drei Instanzen hatten über des Dichters Los zu entscheiden: die Staatsanwaltschaft, die

politische Polizei und Generalgouverneur Krywou. Daß die zahllosen Formalitäten, nur darauf hingewiesen, die Freilassung zu werden begannen, während der ersten drei Wochen verweigerte man Gorki Papier und Tinte, nur in den letzten zehn und zwölf Tagen erhielt er sie, und konnte nun sein Enkel „Die Kinder der Sonne“ schreiben.

Die Stellung der Kauktion von 10,000 Rubel war auch keine leichte Sache. Zwar wollten Wiatnik und der Schriftstellerverband die Summe einzahlen, aber die Staatsanwaltschaft mußte sie zurückweisen, weil aus irgend einem Grunde dies nicht den Forderungen des Gesetzes entsprach. Endlich war der geeignete Mann gefunden: der Millionär Morosow. Eine sonstige Ebene spielte sich in der Kauktion des Generalgouverneurs ab. Da nach dem russischen Gesetz Kauktion nur von einem Manne eingezahlt werden kann, der mehr als die betreffende Summe besitzt, so wurde Morosow — Sawwa Morosow — von einem Anwaltbeamteten, der wohl innerlich geschmeichelt war, einen solchen Besucher bei sich zu lassen. Die Frage vorgelegt, ob er mehr als die 10,000 Rubel besäße, Morosow erwiderte: Ganz Russland weiß das, nur Sie scheinen es nicht wissen zu wollen. Der Beamte meinte zuversichtlich: Auch ich weiß das, aber die Frage muß gesetzlich gestellt werden.

Das Geil war befristet, Gorki verpflichtete sich schriftlich, Bedingung bis zur Erfüllung seines Urteils auf gerichtlichem Wege, nicht zu verlassen. Am konnte er die Tür seiner Zelle von außen schließen. Das war gegen 4 Uhr Nachmittags. Wiatnik hatte noch einige Formalitäten in der Kauktion des Generalgouverneurs zu erledigen, und als er nach Hause zurückkehrte (Gorki wohnte mit Wiatnik zusammen), war Gorki wieder verschwunden. Es stellte sich heraus, daß Gorki kaum seine Verhaftung beteuert, als er wieder, um zwei Genannten festgenommen und in einer geschlossenen Cautage abgeführt wurde. In richtiger Erwägung eile Wiatnik nach der logenannten „Schubabteilung“. Der Beamte verweigerte, er wußte nichts von Gorkis Wiedererhaltung. Gorkis Freund, der vom Polizeidepartement die schriftliche Erlaubnis